

# WIR SIND DIE ZUKUNFT



\*\*\*\*\*  
**Newsletter Nr. 08/2023 „Wir sind die Zukunft“**  
für die Aktiven in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit  
[www.wir-sind-die-zukunft.net](http://www.wir-sind-die-zukunft.net)

\*\*\*\*\*  
**INHALT**

- **Infos aus dem KJHA vom 19.09.2023**
- **Hearing Junges Wohnen**
- **Gegen Hass im Netz**
- **Flimmern und rauschen**
- **Jung. Digital. Jetzt!**
- **#OK Boomer**
- **In Leichter Sprache: Wie schütze ich meine Daten im Netz**
- **Mosaik Jugendpreis – Mit Vielfalt gegen Rassismus**
- **Veranstaltungstipps**
- **Die nächste Ausgabe**
- **Impressum und Datenschutz**

\*\*\*\*\*

## **INFOS AUS DEM KJHA VOM 19.09.2023**

**TOP 1 – Errichtung eines Hauses für Kinder mit 2 Krippen-, 2 Kindergarten- und 2 Hortgruppen in der Marianne-Hoppe-Str. 5 (Henschel-/Federseestraße 2. Bauabschnitt) 22. Stadtbezirk; TOP 2 – Investitionskostenförderung beim Bau nichtstädtischer Kindertageseinrichtungen, sonstiger Träger; Haus für Kinder an der Scherzerstraße 1 im 19. Stadtbezirk; TOP 3 – Investitionsförderung beim Bau nichtstädtischer Kindertageseinrichtungen, sonstiger Träger, Haus für Kinder an der Blumenstraße 37 im 1. Stadtbezirk; TOP 4 – Multimedialandschaft für Kinder - MuLa Folgeausschreibung, Neuvergabe Rahmenvertrag, Vergabeermächtigung Vertragszeitraum 01.01.2024 bis 31.12.2026; TOP 5 – Investitionskostenförderung beim Bau nichtstädtischer Kindertageseinrichtungen sowie Zuwendung nach der Richtlinie zur Förderung von Investitionen im Rahmen des Investitionsprogramms „Kinderbetreuungsfinanzierung“ 2017 bis 2021 – Landesmittel Kindertageseinrichtungen sonstiger Träger; Kinderkrippe am Schlößlanger 10a im 12. Stadtbezirk; TOP 6 – Grundsatzsachbearbeitung SoJA-14plus – Darstellung der Effekte und Ziele; TOP 7 – Schulische Inklusion – Neuordnung von Schulbegleitung, Umsetzung Pool-Lösungen Darstellung des aktuellen Sachstandes; TOP 8 – Trägerauswahl für Jugendsozialarbeit an Schulen (JaS)/Schulsozialarbeit (SchSA) an drei Grundschulen im Stadtbezirk 19 Information über eine Direktvergabe der Trägerschaft für JaS/SchSA an einer Grundschule im Stadtbezirk 14 19. Stadtbezirk; TOP 9 – Auswahl der Trägerschaft der öffentlichen Ausschreibung „Trägerauswahlverfahren eigener Art Jugendhilfeeinrichtung Bayerstraße“ 2. Stadtbezirk ohne Aufruf einstimmig beschlossen**

Ignaz Steinhuber (Sozialreferat) berichtet zunächst über die aktuelle Situation von unbegleiteten minderjährigen Geflüchteten in der Landeshauptstadt. Derzeit könne die Stadt 42 Plätze zur Unterbringung bereithalten. Der Zuzug von diesen Jugendlichen habe sich von 120 in 2022 auf jetzt 180 deutlich erhöht. Es war deshalb erforderlich, in der Kistlerhofstraße und in Lochhausen zusätzliche Aufnahmeplätze zu schaffen. Beide Standorte seien inzwischen wieder geschlossen worden. In der Theodolindenstraße und in der Bayerstraße wurden im Dezember 2022 zwei neue Aufnahmestellen eingerichtet. München übererfüllt damit die Quote der unterzubringenden Minderjährigen. Nach Ankündigung der Bundesregierung ist nun zu befürchten, dass 1.400 weitere unbegleitete minderjährige Flüchtlinge nach Bayern kommen. Auch München werde dann ggf. weitere Personen aufnehmen müssen. Dorothee Schiwy (Sozialreferentin) berichtet, dass ihr Referat sich darum bemühe, in der Marsstraße ein weiteres Stockwerk nutzbar zu machen. Auf Nachfrage von StR Thomas Lechner (Die Linke/Die Partei) erklärt Steinhuber, dass die meisten unbegleiteten minderjährigen Geflüchteten aus Afghanistan kommen – gefolgt von Personen aus Syrien und Somalia.

## **TOP 10 – Belastungssituation in den bürgernahen Diensten der Sozialbürgerhäuser, Kinderschutz in den Sozialbürgerhäusern – Entlastung der Bezirkssozialarbeit durch eine „Erweiterte Leitstelle für Inobhutnahme“**

Verena Dietl (Bürgermeisterin) berichtete, dass sie vom Sozialreferat und vom Jugendamt darüber informiert wurde, dass beide Stellen alles unternehmen wollen, dass der Kinderschutz auch in Zeiten extremen Fachkräftemangels gewährleistet werden könne. Dazu sollen vorübergehend Fachkräfte aus anderen Bereichen im Jugendamt abgezogen und im Bereich Kinderschutz eingesetzt werden. Dietl dankte dem KJHA und insbesondere den freien Trägern, dass sie diesen schwierigen Schritt mittragen würden.

StRin Alexandra Gaßmann (CSU/Freie Wähler) erklärte zunächst, dass ihre Fraktion der Vorlage zustimmen werde. Sie sei jedoch erschrocken, wie besorgniserregend die Lage wäre und erklärte, dass sie kaum Chancen sehe, dass sich die personelle Situation bis Anfang 2024 deutlich und nachhaltig entspannen werde. Parallel zu den fehlenden Fachkräften sei eine deutliche Zunahme der Fälle im Bereich Kinderschutz zu verzeichnen, die das Problem weiter verschärfen. Angesichts der Dramatik der Situation forderte sie vom Sozialreferent einen Zwischenbericht über die Erfolge bei der Gewinnung neuer Fachkräfte in der Dezember-Sitzung des KJHA.

Die Lage schätzte auch StRin Clara Nitsche (Die Grünen/Rosa Liste) dramatisch ein. Sie ergänzte, dass es diese Situation bereits seit Längerem gäbe. Auch ihre Fraktion werde die Vorlage unterstützen – gab aber zu bedenken, dass nun an langfristigen Lösungen gearbeitet werden müsse. Dabei sei auch zu berücksichtigen, dass die enorme Arbeitsbelastung der Fachkräfte zu einer erhöhten Fluktuationsrate führen würde. Das Thema Kinder- und Jugendschutz – respektive die Inobhutnahme – sei so sensibel, dass alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden sollen, um offene Stellen umgehend besetzen zu können.

Dem stimmte auch StRin Lena Odell (SPD/Volt) zu. Die Vorlage beschreibe auch, wie man hoffentlich aus einer akuten Notsituation und einer drohenden Abwärtsspirale in der Besetzung mit Fachkräften schnellstmöglich herauskommen könne. Gleichzeitig müsse man untersuchen, warum sich die Zahl der Inobhutnahmen in den letzten Monaten so deutlich erhöht habe. Aufgabe bleibe es, Kinder und Jugendliche bestmöglich zu schützen.

Sabine Kelling (Gleichstellungsstelle) zeigte sich erschüttert, dass die Einsatzfähigkeit der Bezirkssozialarbeit bei unter 50 Prozent liege. Es zeichne sich nicht ab, dass sich die Lage kurz- oder mittelfristig entspannt – stattdessen nehme die Komplexität der zu bearbeitenden Fälle zu. Zudem fehlten Möglichkeiten der Anschlussversorgung und Hilfen (z.B. Wohngruppen, Wohnheime), weil es dort ebenfalls zu wenige Fachkräfte gebe. Diesem Fachkräftemangel müsse die Landeshauptstadt mit einer deutlichen Steigerung der Attraktivität des Arbeitgebers begegnen. Sie forderte einen Zeit- und Prozessplan, wie die Stadtverwaltung diesem eklatanten Mangel an Fachkräften begegnen will. Dabei seien insbesondere auch die jetzt beschäftigten Kolleg\*innen zu beachten, deren Arbeitsbelastung wieder auf ein Normalmaß zurückgefahren werden müsse. Zudem forderte sie eine bessere Datenlage zur Situation von Frauen im Berufsfeld.

Dr. Manuela Sauer (Paritätischer) dankte zunächst dem Referat für die Vorlage. Sie zeigte sich nicht überrascht von den Befunden zur Fachkräfteausstattung, begrüßte es jedoch, dass

man die Dramatik der Situation jetzt noch einmal in schriftlicher Form dargelegt habe. Sie zeigte zudem Verständnis für die beabsichtigten Maßnahmen und sicherte bei der Umsetzung die Unterstützung der freien Träger zu. Gleichzeitig verwies sie jedoch auf die unzureichende Kommunikation mit den betroffenen Trägern. Immerhin würde dieser Beschluss nun bedeuten, dass diesen freien Trägern die Fachsteuerung der gewohnten Form fehle. Auch die Inobhutnahmestellen seien leider nicht informiert worden. Die geplante Leitstelle zur Inobhutnahme werde mit neuen Ansprechpersonen ausgestattet, die sich zunächst in die Materie und die Besonderheiten der Inobhutnahmestellen einfinden müssten. Sie zweifle daran, dass bis Februar 2024 eine befriedigende Lösung zur Beseitigung des Fachkräftemangels gefunden werde und forderte eine sofortige Befassung mit dem Thema. Zentrales Anliegen war ihr, die Gesprächs- und Unterstützungsbereitschaft der freien Träger bei der Lösung der Aufgaben zu betonen. Sie erklärte, dass nur in gemeinsamen Anstrengungen zwischen der Stadtverwaltung und den freien Trägern tragfähige Ideen entwickelt werden könnten, die das Problem langfristig lösen. Im Sinne der Kinder, Jugendlichen und der Beschäftigten sei dies der einzig vernünftige Weg.

Robert Pechhacker (Münchner Trichter) erläuterte, warum ihn diese Vorlage so sehr beschäftigt hat. Er appelliert, die Krise in der BSA auch aus der Perspektive der betroffenen Kinder, Jugendlichen und Familien zu betrachten. Als Mitglied des KJHA und der DachArge war er am Diskurs zur Situation und Belastung von Kindern und Jugendlichen seit der Pandemie intensiv beteiligt. Das Ergebnis war in den meisten Fällen, dass die Kommune nicht zuständig ist. Inzwischen sind die Auswirkungen der Krisen so offensichtlich und bekannt. Jetzt ist die Kommune für die vielfältigen Problemlagen zuständig. Eine Inobhutnahme sei der einschneidendste und massivste Eingriff in eine Familie. Die Jugendhilfe hält im Rahmen des SGB VIII eine Fülle von Maßnahmen bereit, die präventiv eine Fremdunterbringung vermeiden könnten bzw. andere Förderbedarfe versorgen kann. Bei der jetzt diagnostizierten Arbeitsfähigkeit von unter 50 Prozent in der BSA leide eben auch diese präventive Arbeit – eine qualitativ hochwertige Arbeit für Kinder und Jugendliche sei wahrscheinlich in den meisten Fällen quasi unmöglich. Die Folgen dieses Mangels würden sich kaskadenartig negativ auf andere Bereiche der Sozialen Arbeit auswirken. Er regte an, in diesem Zusammenhang noch einmal gezielt das Thema Bürokratieabbau in den Blick zu nehmen, um die Arbeitsbelastung der Kolleg\*innen in der BSA zu reduzieren. Zugleich warnte er davor, mit den jetzt geplanten Maßnahmen zur Bekämpfung des Fachkräftemangels eine Konkurrenzsituation zwischen städtischen und freien Trägern um Mitarbeiter\*innen zu schaffen. Vielmehr müssten andere wirksame Maßnahmen – beispielsweise die Schaffung und Finanzierung von mehr Plätzen für dual Studierende, die Ausweitung der zulässigen Berufsgruppen im ganzen Feld der Jugendhilfe – ergriffen werden. Er forderte eine gemeinschaftliche, entschiedene und wirksame Initiative, die über die Punkte der Vorlage hinausgehen.

StRin Nicola Holtmann (ÖDP/München Liste) zeigte sich ebenfalls erschüttert von den Befunden. Sie wies darauf hin, dass in der Erhöhung des Tempos bei Einstellungsverfahren noch Potenzial läge. Zudem forderte sie ebenfalls eine regelmäßige Information der Stadtverwaltung an den KJHA, was konkret unternommen werde, um die Misere zu beheben. Sie wies auf den Beschluss des KJHA aus 2022 hin, wonach auch die freien Träger bei der Einrichtung und Finanzierung von Plätzen für dual Studierende berücksichtigt werden sollen.

In diesem Zusammenhang wies StR Thomas Lechner (Die Linke/Die Partei) darauf hin, dass bei der Gewinnung neuer Fachkräfte auch die Wohnsituation dieser Menschen berücksichtigt

werden solle. Die Landeshauptstadt müsse in dem Zusammenhang alle Möglichkeiten ausschöpfen – beispielsweise den Leerstand beseitigen und über Zwangsverkäufe nachdenken.

StRin Alexandra Gaßmann (CSU/Freie Wähler) fragte, ob durch Maßnahmen der Digitalisierung von Verwaltungsprozessen die Mitarbeiter\*innen in der BSA entlastet werden könnten. Sie bestätigte, dass auch andere Maßnahmen des Kinderschutzes in der Umsetzung zu lange dauern würden. Deshalb begrüßte sie den geforderten Zeit- und Prozessplan, der für mehr Verbindlichkeit sorgen würde. Gleichzeitig bedankte sie sich für das Gesprächs- und Unterstützungsangebot der freien Träger.

Yvonne Lüders (SOS-Kinderdorf) erläuterte, dass nicht nur München vom Problem der fehlenden Fachkräfte betroffen sei. Man müsse deshalb nach landes- und bundesweiten Lösungen suchen und das System der Jugendhilfe insgesamt betrachten. Diesen Ansatz bestätigte Verena Dietl (Bürgermeisterin) und verwies auf Gespräche mit dem Städtetag.

Claudia Caspari (Kreisjugendring) schloss sich den Vorredner\*innen an. Sie bekräftigte, dass die jetzt in der Vorlage erwähnten Maßnahmen des POR zur Personalgewinnung alternativlos seien. Städtische und freie Träger hätten die gleichen Herausforderungen. Dabei müsse jede Konkurrenz zwischen beiden verhindert werden, denn Lösungen seien nur gemeinschaftlich zu finden und dann tragfähig. Sie wies noch einmal auf den Ansatz der dual Studierenden hin. Die freien Träger hätten einen drei- bis viermal so hohen Bedarf angezeigt, wie nun voraussichtlich an Plätzen zur Verfügung stünden. Auf der Seite der freien Träger bestünde eine sehr große Bereitschaft zur Ausbildung und zur Schaffung solcher Stellen. Sie thematisierte zudem die Nachqualifizierung von Fachkräften, die ihre Abschlüsse im Ausland erworben hätten. Hier müssten gemeinsam pragmatische Lösungen gefunden werden, von denen auch die freien Träger profitieren. Bei der Anerkennung fachfremder Abschlüsse sei ebenso Potential vorhanden. Zu berücksichtigen sei, dass nicht jeder Abschluss im gewünschten Maß für eine Tätigkeit in der Sozialen Arbeit – respektive im Kinder- und Jugendschutz qualifiziert, aber auch hier sei Potential. Die freien Träger müssten in jedem Fall über die Pläne des POR (z.B. Modul Nachqualifizierung) informiert werden und darüber, in welchem Maße sie davon profitieren könnten. Erfreulich sei die Einrichtung von zwei neuen Stellen, die sich mit der Bewerbung des Arbeitsfeldes befassen sollen. Social-Media-Aktivitäten und gezielte Maßnahmen seien – auch für Träger – notwendig um Bewerbende zu gewinnen.

Michaela Fischer (Caritas) verwies ebenfalls auf die Dringlichkeit des Problems und sah in Maßnahmen der Entbürokratisierung eine Möglichkeit der Entlastung der Beschäftigten. Es sei beispielsweise nicht in allen Fällen notwendig, medizinische Gutachten erneut anzufordern, nur, weil eine befristete Maßnahme ausgelaufen sei. Ihrer Meinung nach muss im Rahmen der Jugendhilfeplanung das gesamte System angeschaut werden, um ausreichend Plätze in den Anschlussmaßnahmen zur Unterbringung von Betroffenen zu haben. Zudem wünscht sie sich eine rasche Umsetzung des Schutzstellenausbaus.

StRin Lena Odell (SPD/Volt) zeigte sich erfreut über die Bereitschaft der freien Träger, gemeinsam nach Lösungen zu suchen. Sie unterstrich, dass der jetzt vorgelegte Beschluss eine kurzfristiger Notfallplan sei. Gleichzeitig erläuterte sie, dass im Bereich des Kinder- und Jugendschutzes der geforderte Bürokratieabbau im Sinne der Sicherheit und des Wohlergehens

von Kindern und Jugendlichen nicht immer umzusetzen sei – in fachlich sinnvollen Fällen seien erneute Gutachten zielführend.

Elisabeth Hagl (Münchner Trichter) forderte, dass mit allen jetzt zu ergreifenden Maßnahmen wieder ein Zustand erreicht werden müsse, in dem man Herausforderungen aktiv gestalten kann und nicht nur mit der Krisenbewältigung beschäftigt sei.

Dorothee Schiwy (Sozialreferentin) ging auf die Anmerkung von Yvonne Lüders (SOS-Kinderdorf) ein und versicherte, dass die Stadtverwaltung derzeit verschiedene Stränge zur Problemlösung verfolge. Sie bedauerte, dass das POR nicht zum heutigen KJHA eingeladen wurde. Sie machte klar, dass der vorgelegte Beschluss keine dauerhafte Entlastung darstelle, sondern eine kurzfristige Lösung eines akuten Problems. Die ausführliche schriftliche Vorlage eines Zwischenberichts im Dezember über die Aktivitäten des Sozialreferats zur Fachkräftegewinnung hielt sie für unrealistisch – sicherte aber einen mündlichen Bericht zu. Gleichzeitig berichtete Schiwy, dass der sogenannte Schutzstellen-Boost in Arbeit ist – ebenso wie die Einrichtung und Finanzierung von jährlich 30 zusätzlicher Stellen für dual Studierender bei Trägern. Hierzu werde das Referat im Herbst die entsprechenden Beschlussvorlagen in den KJHA einbringen. Im Hinblick auf Möglichkeiten der Digitalisierung von Abläufen bei der Inobhutnahme seien persönliche/telefonische Kontakte zu den Aufnahmestellen erforderlich, um die Kinder und Jugendlichen bestmöglich unterbringen zu können. Insgesamt halte sie neue Konzepte zur Bewerbung des Arbeitsfeldes und zur Gewinnung von Fachkräften auch für notwendig. Diese Konzepte müssten jedoch von Mitarbeiter\*innen ihres Referats erstellt werden, die dadurch abermals zusätzlich belastet würden.

Stefan Eckhardt (Stadtdirektor Sozialreferat) berichtete, dass man derzeit eine Liste von Professionen erstelle, die die Anforderungen an Fachkräfte in der Sozialen Arbeit erfüllen würden. In vielen Detailfragen sei die Landeshauptstadt jedoch an Landes- und Bundesgesetz gebunden. Das betreffe auch die Frage der Anerkennung von im Ausland erworbenen Abschlüssen. Zudem bestätigte er, dass geplant sei, 30 Stellen für dual Studierende einzurichten. In den Folgejahren seien Aufstockungen auf 60 bzw. 90 Stellen geplant. Zu beachten bleibe jedoch die Haushaltslage; die allein von den freien Trägern angemeldeten 120 Stellen für dual Studierende sei nicht zu realisieren.

Verena Dietl (Bürgermeisterin) bedankte sich abschließend bei allen Kolleg\*innen, die Beiträge zum Entstehen der Vorlage eingebracht und deren Erarbeitung beteiligt gewesen waren.

*Nur Kenntnisnahme*

### **Außerhalb der Tagesordnung**

Verena Dietl (Bürgermeisterin) stellt Maria Deingruber als neue direkte Ansprechpartnerin für das Kinder- und Jugendrathaus vor. Deingruber betonte in ihrem Statement, dass es in ihrer neuen Funktion vor allem darum gehen werden, Kinder und Jugendliche in der Stadt ernst zu nehmen. Sie habe bereits einige Gespräche mit freien Trägern geführt und werde in den kommenden Wochen weiter den Kontakt zu den Fraktionen und in die Trägerlandschaft hinein suchen. Als erste Maßnahmen haben sie bereits Online-Präsenzen in verschiedenen sozialen

Netzwerken einrichten lassen. Hierüber sei es auch möglich, Kindern und Jugendlichen eine Stimme zu verleihen.

*Zusammengestellt von Marko Junghänel*

\*\*\*\*\*

## **HEARING „WOHNEN FÜR JUNGE MENSCHEN“**

Anknüpfend an die Ergebnisse der GAPs-Armutskonferenz hatten der Kreisjugendring München-Stadt und der Münchner Trichter ein Hearing „Wohnen für junge Menschen“ beantragt, und dieses gemeinsam mit dem Jugendamt sowie dem Amt für Wohnen und Migration vorbereitet.

Ziel war es, einen Überblick über die Wohnsituation junger Menschen in München zu bekommen, wie auch – unter Beteiligung von Jugendlichen – Ideen und Vorschläge zur Entspannung der Lage zu entwickeln.

Das Hearing fand am 12. Juli 2023 bei IMAL im Kreativquartier statt; dabei ist es gelungen, junge Menschen mit Vertreter\*innen aus Politik und Verwaltung zusammenzubringen und den Anliegen junger Menschen Gehör zu verschaffen.

In themenbezogenen Foren wurden Empfehlungen zur kommunalpolitischen Umsetzung erarbeitet; diese sollen in eine Beschlussvorlage einfließen, die für Anfang 2024 in Aussicht gestellt worden ist. Eine ausführliche Doku zum Hearing findet sich [hier](#)

\*\*\*\*\*

## **ONLINE-BEFragung: BEDARFE IN DER ARBEIT GEGEN HASS IM NETZ**

Welche Bedarfe haben pädagogische Fachkräfte in ihrer Arbeit gegen Hass im Netz? Dazu gibt es eine Online-Befragung, die sich an solche Fachkräfte richtet, die mit Kindern, Jugendlichen oder Multiplikator\*innen zum Thema „Hass im Netz“ arbeiten oder dies in Zukunft beabsichtigen. Die Befragung ist Teil des GMK-Projektes „Gegen Hass im Netz“ und wird durchgeführt vom JFF in Kooperation mit der GMK. [Hier](#) geht es zur Befragung.

\*\*\*\*\*

## **FLIMMERN UND RAUSCHEN – FILME EINREICHEN**

Im Frühjahr 2024 findet wieder das älteste Kinder- und Jugendfilmfestival Deutschlands statt und alle bis 26-Jährigen haben die Möglichkeit, ihren Filmen eine große Bühne zu bieten, egal ob Kurzfilm, Musikvideo oder YouTube-Clips. Durchgeführt wird das Festival vom Medienzentrum München des JFF in Zusammenarbeit mit Filmstadt München e.V. sowie dem Stadtjugendamt und dem Kulturreferat der LH München.

Einsendefrist: 10. Dezember 2023

Weitere Informationen findet man [hier](#).

\*\*\*\*\*

## **JUNG. DIGITAL. JETZT!**

Der AK Kinder- und Jugendbeteiligung veranstaltet am Donnerstag, 5. Oktober 2023, von 15.30 – 16.30 Uhr, im Alten Rathaus ein Hearing unter dem Titel „Gönn‘ dir Medienbildung“. Gesucht werden Jugendliche zwischen 16 und 22 Jahren, die ihre Meinung, Anliegen und Ideen mit Stadträt\*innen diskutieren wollen. Die Special Edition des Münchner Jugendtalks „Hört ihr mich?“ bietet dafür eine Plattform. Mögliche Fragen könnten unter anderem sein: Was braucht es an Ausstattung, Wissen, Skills und Kompetenzen, um sich kompetent in der digitalen Welt zu bewegen? Wie entstehen eine gute Gemeinschaft und ein gutes Miteinander online? Welche Bildungsangebote, Räume und welche Unterstützung durch Erwachsene und durch die Landeshauptstadt München sind notwendig?

Die Anmeldung erfolgt per Telefon, WhatsApp (0176.30 88 91 02) oder E-Mail ([da-niel.aberl@jff.de](mailto:da-niel.aberl@jff.de))

\*\*\*\*\*

## **„#OK BOOMER?!“**

Bis zum 06.03.2024 können Jugendliche bis 25 Jahre ihre Film- und Fotoarbeiten beim Deutschen Jugendfilmpreis und Deutschen Jugendfotopreis einreichen. Das Bundesfamilienministerium vergibt Preise im Wert von insgesamt 31.000 Euro in verschiedenen Kategorien und Altersgruppen. „#OK BOOMER!?“ – so lautet das gemeinsame Jahresthema. Infos und Bewerbungsunterlagen sind [hier](#) verfügbar.

\*\*\*\*\*

## **IN LEICHTER SPRACHE: WIE SCHÜTZE ICH MEINE DATEN IM NETZ?**

Auch Menschen, die Texte nur eingeschränkt lesen und verstehen können, sind täglich im Internet unterwegs. Sie möchten sich informieren, wollen kommunizieren und suchen Unterhaltung. Vielen ist dabei nicht bewusst, dass sie mit jeder Aktion im Netz auch ihre Daten weitergeben. Um dafür zu sensibilisieren, veröffentlicht die Bayerische Landeszentrale für neue Medien (BLM) jetzt eine neue Broschüre in Leichter Sprache: „Sicher im Internet unterwegs – Tipps und Tricks zum Schutz der persönlichen Daten. Der Ratgeber steht ab sofort [hier](#) zum Download zur Verfügung.

\*\*\*\*\*

## **MOSAIK JUGENDPREIS – MIT VIELFALT GEGEN RASSISMUS**

Seit 2015 wird von der Landeshauptstadt München und der Stadt Nürnberg im Gedenken an die bayerischen Opfer der Terrorgruppe Nationalsozialistischer Untergrund (NSU) jährlich der „Mosaik Jugendpreis – Mit Vielfalt gegen Rassismus“ verliehen. Es werden Projekte ausgezeichnet, die sich gegen (Alltags-)Rassismus und für ein respektvolles Miteinander aller Menschen in der Stadt sowie für interkulturellen Dialog und Begegnung einsetzen. Diese können aus allen gesellschaftlichen Bereichen stammen. Egal, ob Musik-, Film-, Kunst-, Theater-,

Sport-, Medien-, Online-, Begegnungs- oder Bildungsprojekt – der Kreativität sind keine Grenzen gesetzt. Für die Bewerbung wird ein Bewerbungsformular ausgefüllt und zusammen mit einer ausführlichen Projektbeschreibung sowie Bildern per E-Mail eingereicht.

Jugendliche und junge Erwachsene bis zum Alter von 25 Jahren mit Wohnsitz in den Städten München oder Nürnberg können sich als Einzelpersonen oder als Gruppen für den Preis bewerben. **Bewerbungsschluss ist der 24.10.2023**; die Preisverleihung findet im März 2024 in München statt. Weitere Informationen [hier](#).

\*\*\*\*\*

## VERANSTALTUNGSTIPPS

Was: **„Die Straße gehört uns: Spiele und Aktionen in verkehrsberuhigten Bereichen und temporären Spielstraßen“**

Wer: Spiellandschaft Stadt e.V.

Wann: 28.09.2023, 10.00 – 17.30 Uhr

Wo: Spielhaus Westkreuz, Aubinger Straße 57, München

Kosten: 40,00 €

Anmeldung: E-Mail an [Fortbildung@spiellandschaft.de](mailto:Fortbildung@spiellandschaft.de)

Was: **„Kunst! Mobil!! um Stadtteil!!!“**

Wer: Echo e.V.

Wann: 29.09.2023, 10.00 – 17.30 Uhr

Wo: Ruth-Beutler-Straße, am Orangen Würfel, München

Kosten: 10,00 €

Anmeldung: E-Mail an [Fortbildung@spiellandschaft.de](mailto:Fortbildung@spiellandschaft.de)

Was: **Online-Seminar „Hallyu-Fieber und Jugendkultur: K-drama und die koreanische Welle in Deutschland“**

Wer: medien-weiter-bildung

Wann: 10.10.2023, 11.00 – 12.30 Uhr

Wo: online

Kosten: kostenlos

Anmeldung: [hier](#)

Was: **Online-Fortbildung zu webhelm-Starterkit „Like, follow, comment – Influencer\*innen im Netz“**

Wer: JFF – Institut für Medienpädagogik

Wann: 12.10.2023, 15.00 – 17.30 Uhr

Wo: online

Kosten: kostenlos

Anmeldung: bis 02.10.2023 [hier](#)

Was: **Online Veranstaltung: „Die Krisen der Gegenwart als Chance der extremen Rechten“**

Wer: LKS Bayern

Wann: 17.10.2023, 17.00 – 19.00 Uhr

Wo: online  
Kosten: kostenlos  
Anmeldung: [hier](#)

Was: **Netzwerk-Treffen: Klimagerechtigkeit in der Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) aufgreifen**

Wer: Ökoprojekt MobilSpiel e.V.  
Wann: 19.10.2023, 17.00 – 20.00 Uhr  
Wo: Münchner Zukunftssalon, Goethestr. 28, München  
Kosten: kostenlos  
Anmeldung: bis 16.10. Mail an [oekoprojekt@mobilspiel.de](mailto:oekoprojekt@mobilspiel.de) mit dem Stichwort „Netzwerk-Treffen“ + Name und ggf. Institution

Was: **ZUSATZTERMIN: „Verhaltensauffälligkeiten bei Kindern und Jugendlichen“**

Wer: input  
Wann: 19.10. – 20.10.2023, 17.00 – 19.00 Uhr  
Wo: online  
Kosten: 290,00 €  
Anmeldung: bis 28.09. [hier](#)

Was: **Kompetenter Umgang mit Kindeswohlgefährdung**

Wer: input  
Wann: 25.10 – 27.10.2023, 09.00 – 16.00 Uhr  
Wo: online  
Kosten: 430,00 €  
Anmeldung: [hier](#)

Was: **Online-Fortbildung zu webhelm-Starterkit „ACT WISELY – Stress im Netz“**

Wer: JFF – Institut für Medienpädagogik  
Wann: 26.10.2023, 15.00 – 17.30 Uhr  
Wo: online  
Kosten: kostenlos  
Anmeldung: bis 04.10. [hier](#)

Was: **Fachtag „Kommunikation und Motivation für ein nachhaltiges Leben: Praxisideen und Methoden der Kulturellen Bildung für die Kinder- und Jugendarbeit**

Wer: KJR München-Stadt, Julia Traxel in Kooperation mit Ökoprojekt MobilSpiel e.V., Steffi Kreuzinger  
Wann: 16.11.2023 von 9:30 – 16 Uhr  
Wo: EineWeltHaus München  
Kosten: 35,00 €  
Anmeldung: bis 9.11. bei Julia Traxel unter [nachhaltigkeit@kjr-m.de](mailto:nachhaltigkeit@kjr-m.de)

Was: **14. Kurs der Berufsbegleitenden Weiterbildung Bildung für nachhaltige Entwicklung**

Wer: Naturerlebniszentrum Burg Schwaneck, KJR München-Land;  
Ökologische Akademie e.V.; Ökoprojekt MobilSpiel e.V.  
Wann: Infoabend am 31.01.2024, 17.00 – 20.00 Uhr  
Wo: online  
Kosten: kostenfrei  
Anmeldung: E-Mail an [a.schlehufer@kjr-ml.de](mailto:a.schlehufer@kjr-ml.de)

\*\*\*\*\*  
**DIE NÄCHSTE AUSGABE ERSCHEINT AM 17.10.2023**

Bericht vom KJHA vom 10.10.2023  
Nachbericht vom Hearing Medienkompetenz

\*\*\*\*\*  
**IMPRESSUM UND DATENSCHUTZ**

**Das Redaktionsteam**

Angelika Baumgart-Jena, Leitung Öffentlichkeitsarbeit KJR München-Stadt; Ulrike Steinforth, Planungsbeauftragte des Münchner Trichters; Chris Dünstl, Fachforum Freizeitstätten, Marko Junghänel

**Verantwortlich für die Inhalte**

Angelika Baumgart-Jena, Öffentlichkeitsarbeit, KJR München-Stadt  
Herausgeber: Kreisjugendring München-Stadt, Paul-Heyse-Str. 22, 80336 München. Der KJR München-Stadt übernimmt keine Verantwortung für die Richtigkeit der Angaben oder für die Inhalte der verlinkten Seiten. Auf den Inhalt verlinkter Seiten haben wir keinen Einfluss. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder.

**Datenschutz**

Sie erhalten diesen Newsletter, weil Sie sich in unserem Verteiler angemeldet haben (DSGVO Art 6, Abs. 1.). Wenn Sie diesen Newsletter nicht mehr erhalten wollen, schicken Sie bitte eine E-Mail mit dem Betreff **Abmelden** an die Versandadresse zurück.